

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. Februar 2026

§ 503

Gewährung eines Verpflichtungskredits über 496'960 Franken für Herdenschutzmassnahmen in den Jahren 2026–2029

(Berichte Regierungsrat, 16.12.2025; Kommission Bildung/Kultur und Volkswirtschaft/Inneres, 21.1.2026)

Eintreten

Albert Heer, Oberurnen, Kommissionspräsident, beantragt Zustimmung zum Antrag von Kommission und Regierungsrat. – Der Herdenschutz hat sich gemäss den Ausführungen von Regierungsrätin Marianne Lienhard in den vergangenen Jahren stark weiterentwickelt. Der Bund habe wichtige Anpassungen vorgenommen und beispielsweise Wolfsabschüsse unter bestimmten Bedingungen ermöglicht. Im Hinblick auf die dauerhafte Wolfspräsenz seien jedoch weiterhin Massnahmen nötig. – Gemäss Markus Richner, Leiter der Abteilung Landwirtschaft, ist der Wolf im Kanton Glarus keine Ausnahmeerscheinung mehr. Er zeige sich im ganzen Kantonsgebiet regelmässig, im Winter sogar im Talboden. Die Präsenz des Wolfs habe das Herdenschutzmanagement in den vergangenen Jahren stark verändert. Bei der Sömmerung der Schafe habe die ständige Behirtung als Schutzmassnahme stark an Bedeutung gewonnen. Funktionierende Herdenschutzkonzepte seien die Grundlage für die Beantragung von Bundesgeldern. Herdenschutzkonzepte würden massgeschneidert auf die jeweiligen Verhältnisse unter Einbezug der Landwirtschaftskommission erstellt. Markus Richner erläuterte zudem die verschiedenen Stossrichtungen im Herdenschutz. In der anschließenden Diskussion wurden die offenen Fragen der Kommissionsmitglieder – unter anderem zu den Herdenschutzhunden – beantwortet. Aktuell sehen nur wenige Herdenschutzkonzepte Herdenschutzhunde vor. Sollten Wölfe künftig aber vermehrt Grossvieh angreifen, könnte der Einsatz zusätzlicher Hunde allenfalls notwendig werden. – Das Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission unbestritten. In der Detailberatung begrüsst die Kommissionsmitglieder, dass Herdenschutzkonzepte massgeschneidert erstellt werden. Ausserdem wurde darauf hingewiesen, dass Umtriebsweiden sehr effektiv seien und gleichzeitig viele weitere positive Effekte auf das Gelände und die Natur mit sich bringen würden. Zäune seien vielerorts machbar und effektiv. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass es sich beim beantragten Verpflichtungskredit über 496'960 Franken um den Bruttobetrag handelt. Der Kantonsanteil beträgt insgesamt 272'660 Franken bzw. jährlich rund 68'000 Franken. In der Schlussabstimmung sprach sich die Kommission einstimmig für die Gewährung des Verpflichtungskredits aus. – Zu danken ist Regierungsrätin Marianne Lienhard für die gute Einführung in das Geschäft, Markus Richner für die vertiefte Präsentation der Vorlage und Anja Elmer für die Protokollführung. Ein besonderer Dank gebührt zum Ende der Legislatur den Kommissionsmitgliedern für die professionelle, fokussierte und lösungsorientierte Mitarbeit.

Die Kommission traf sich in den vergangenen zwei Jahren zu 15 Sitzungen und diskutierte – teils unter hohem Zeitdruck – Kreditvorlagen, Memorialsanträge und Gesetzesanpassungen intensiv und engagiert.

Sarah Küng, Glarus, Kommissionsmitglied, spricht sich namens der SP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zum Antrag von Kommission und Regierungsrat aus. – Die SP-Fraktion ist froh, dass ein gut funktionierender Herdenschutz etabliert werden konnte und die Zahl der nachgewiesenen tödlichen Wolfsrisse auf ein tiefes Niveau gesunken ist. Folgerichtig ist jetzt, dass der Herdenschutz weiter gefestigt und auf die erwarteten Entwicklungen ausgerichtet wird. Der Effort, der seitens der Bauern und Äplerinnen geleistet wurde und noch immer geleistet wird, ist gross. Ihnen gebührt dafür Dank. Klar ist: Wer den Wolf befürwortet, muss auch der Finanzierung von Herdenschutzmassnahmen zustimmen.

Priska Müller Wahl, Niederurnen, Kommissionsmitglied, votiert stellvertretend für die GLP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zum Antrag von Kommission und Regierungsrat. – Der Herdenschutz zeigt Wirkung. Das lässt sich in den Zahlen erkennen. Die vergangenen zwei Jahre mögen vielleicht Ausnahmen gewesen sein. Aber seit der gezielten Umsetzung von Herdenschutzmassnahmen wurden praktisch keine Schafe mehr gerissen. Diese Massnahmen sind somit ein wirkungsvolles Rezept für die Alpen und für eine funktionierende Koexistenz von Nutztieren und Wolf. Wichtig sind dem Standort angepasste Nutz- und Schutzkonzepte. Sie helfen nicht nur gegen Wolfsrisse. Es gibt auch weniger Abstürze. Die Weiden werden ausgeglichener abgeweidet und nachhaltiger genutzt. Das führt wiederum langfristig zu einer besseren Nutzung dieser Landschaften. Es ist wichtig, dass sich der Bund weiterhin an diesen wirksamen Massnahmen beteiligt und die Verantwortung nicht nach und nach an die Kantone abgibt.

Reto Glarner, Luchsingen, unterstützt im Namen der SVP-Fraktion das Eintreten auf die Vorlage sowie den Antrag von Kommission und Regierungsrat. – Seit man den Wolf in der Schweiz wieder fast uneingeschränkt gewähren lässt, verursacht er grosse Schäden an Nutztieren und hohe Kosten bei den Bauern. Der Bund pries den Herdenschutz von Anfang an als Gegenmassnahme an und forderte diesen auch ein. Der Herdenschutz wird im Kanton Glarus umgesetzt. Er bringt bis zu einem gewissen Punkt auch einen guten Nutzen, verursacht den Tierhaltern aber auch einen sehr hohen Aufwand. Deshalb ist unabdingbar, dass sich die Öffentlichkeit an den Kosten, die den Betroffenen auferlegt werden, beteiligt. Dass sich der Bund bereits wenige Jahre nach der Ansiedlung der Rudel aus der Verantwortung stiehlt und die Kosten auf die Kantone abschiebt, ist nur schwer nachvollziehbar. Er will die Bauern im Regen stehen lassen und die Zuchtprogramme für die Herdenschutzhunde nicht weiterführen. Von den Kantonen erwartet er, dass diese übernehmen. Der nun beantragte Kredit soll die Kosten, vor allem für die Herdenschutzhunde, für vier Jahre abdecken. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass man hier Hand bieten muss. Ebenso klar ist aber, dass die Kosten nicht immer weiter steigen dürfen. Die Einführung der proaktiven Regulation, die den Herdenschutz unterstützt, war richtig. Sie reicht auf Dauer aber nicht aus. Man darf sich von den vergangenen zwei Jahren mit zugegebenermassen geringen Schäden nicht blenden lassen. Man sollte weiterhin daran arbeiten, Wölfe unbürokratisch und dank moderner Technik effizient regulieren zu können. Denn nur so lassen sich die durch den Wolf verursachten Kosten dauerhaft senken.

Regierungsrätin *Marianne Lienhard* beantragt Eintreten sowie Zustimmung zum Antrag von Regierungsrat und Kommission und dankt der Kommission unter dem Präsidium von Landrat Albert Heer für die gute Zusammenarbeit.

Detailberatung

Das Wort wird nicht verlangt. Dem Beschlussentwurf ist zugestimmt.

